



### Für die Freiheit der Presse

Die Arbeitsgemeinschaft der Württembergischen Presse hat sich mit der durch die Rotverordnungen herbeigeführten Beschränkung der Pressefreiheit beschäftigt. Sie protestiert dagegen, daß auf Grund der Rotverordnungen Eingriffe in die Freiheit der Presse vorgenommen werden, die über den Zweck der Verordnungen, politische Ausschreitungen zu bekämpfen, weit hinausgehen. Die Rotverordnungen dürfen nicht dazu führen, den Begriff eines strafbaren Tatbestands bei Veröffentlichungen so weit auszuweiten, daß das Recht der Meinungs-

freiheit auf das empfindlichste eingeschränkt wird.

Die Arbeitsgemeinschaft der Württembergischen Presse fordert daher, daß die Rechtsunsicherheit beseitigt wird, die durch die Rotverordnungen und durch ihre ungleichartige Handhabung eingetreten ist. Die Freiheit der Presse ist ein für die öffentliche Meinungsbildung unentbehrliches Gut, ihre Wiederherstellung und Sicherung mit größter Beschleunigung anzustreben.

willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen; es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reichs. Wer sich allerdings diesem Ziele mit den Mitteln der Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung und Verleumdung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den soll von denjenigen Maßnahmen Gebrauch gemacht werden, die durch die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt sind.

In der Verordnung vom 6. Oktober 1931 ist davon abgesehen worden, von Reichswegen ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen zu erlassen. Inzwischen hat die überwiegende Anzahl der Landesregierungen, insbesondere Preußen, ein allgemeines Versammlungs- und Aufzugsverbot erlassen. Es wird sich aus unserer Besprechung ergeben, ob noch Maßnahmen von Reichswegen erforderlich sind.

Ob wir in die Aussprache eintreten, möchte ich auf einige Ereignisse hinweisen, gegenüber denen mir ein schärferes Zutraden unbedingt erforderlich erscheint. Das sind in erster Linie die Terrorakte, Morde und andere Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die sich erschreckend gehäuft haben und zu einer Kulturshande für Deutschland geworden sind. Es ist dringend erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhindern, oder wo dies nicht möglich ist, der Täter habhaft zu werden und sie einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier muß mit aller Energie zugegriffen werden. Wir müssen in unserer heutigen Besprechung Maßnahmen erörtern, durch welche dieser Mordleude entgegengetreten werden kann. Es wird den Herren aus der Presse bekannt sein, daß sich die Nationalsozialisten wegen der Mordtaten, die in der letzten Zeit besonders gegen SA-Leute begangen worden sind, an den Herrn Reichspräsidenten gewandt haben, und der Herr Reichspräsident hat mich gebeten, diesen Ueberfüllen und politischen Mordtaten meine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich darf diese Bitte an Sie weitergeben.

Außerdem habe ich gestern von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Weitere Maßnahmen auch nicht polizeilicher Art behalte ich mir vor und werde hierüber mit den Landesregierungen in Verbindung treten.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient weiter die von der kommunistischen Partei mit allen Mitteln und im größten Umfang betriebene Zerkleinerungstätigkeit gegen Reichswehr und Polizei. Sie werden mir zustimmen, wenn ich in dieser Zerkleinerungstätigkeit eines der gefährlichsten Angriffsmittel gegen den bestehenden Staat sehe. Briefchen, die hier in das Staatsgefüge geschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Die kommunistische Partei ist sich auch, wie aus zahlreichen Zeugnissen belegt werden kann, ganz klar darüber, daß die Zerkleinerungstätigkeit an den zur Verteidigung des Staats herufenen Organen die wesentlichste Vorbedingung für das Gelingen eines Umsturzes ist. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß bis jetzt solche Zerkleinerungsversuche — von wenigen tiefbedauerlichen Ausnahmen abgesehen — an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Versuche nach Möglichkeit von vornherein zu verhindern. Ich habe kürzlich bei dem Herrn preussischen Minister des Innern angeregt, der kommunistischen Zerkleinerungsarbeit durch zentrale polizeiliche Abwehrmaßnahmen entgegenzuwirken, und ich bitte die Herren, sich auch hierzu zu äußern.

### Neueste Nachrichten

#### Die Kommunisten lehnen ab

Berlin, 17. Nov. Zu der Darmstädter Wahlrede des Führers der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, der ein fünfziges Jubiläumsgedenken von Sozialdemokraten und Kommunisten im Kampf gegen die Rechte in Aussicht stellte und die kürzliche Ablage der kommunistischen Parteileitung vom „Terror einzelner Gruppen“ als ein Zeichen für die kommunistische Geneigtheit für dieses Jubiläumsgedenken deutete, erklärt die kommunistische „Welt am Montag“, die Rede Breitscheids sei eine Banalitätenkaskade der bisherigen sozialdemokratischen Politik mit ihrer Verbindung mit bürgerlichen Parteien und ihrer Unterstützung des Kabinetts Brüning. Die katastrophale Niederlage der Sozialdemokraten bei den heftigen Wahlen, die sich bei den Breuhwahlen wiederholen werde, sei ein Beweis, daß die Arbeiterchaft sich von der überlebten Sozialdemokratie abwende.

Von den Blättern wird die Erklärung der kommunistischen Parteileitung, daß die „Anwendung von Einzelterror“ gegen politische Gegner aufhören solle, dahin ausgelegt, daß es sich nicht um eine Annäherung an die Sozialdemokratie handle, sondern daß sie im Zusammenhang mit der Konferenz der deutschen Innen- und Polizeiminister in Berlin am 17. November stehe, auf der nach Zeitungsberichten erörtert werden soll, die kommunistische Partei wegen der zunehmenden Gewalttaten gegen politische Gegner nötigenfalls zu verbieten. Dieser Möglichkeit wolle die Erklärung des Zentralkomitees der KPD vorbeugen.

#### Verwaltungs- und Aufzugsverbot in Anhalt

Desau, 17. Nov. Die anhaltische Regierung hat alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. Ausgenommen sind unpolitische Veranstaltungen dieser Art, die aber der Genehmigung der Regierung unterliegen.

#### Eine Stadt ohne bürgerliche Vertretung

Schwerin, 17. Nov. In der mecklenburgischen Stadt Gadebusch haben die bürgerlichen Gruppen, die früher auf dem Rathaus tagend waren, bei den letzten Stadtverordnetenwahlen keine eigenen Listen mehr aufgestellt. Die Verfassung besteht nun aus 7 Nationalsozialisten und 5 Sozialdemokraten.

### Erleichterungen im Fremdgeldverkehr an der Grenze

Berlin, 17. Nov. Reichswirtschaftsminister Treusch hat in den Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung folgende Erleichterungen für den Grenzverkehr getroffen: Die Eintragungspflicht in den Reisepaß im Grenzverkehr bei Umwechslung von Beträgen von 30 RM wöchentlich durch Geldanhalten in Grenzorten und bei Umwechslung von Beträgen bis zu 50 RM durch Angestellte der Deutschen Verkehrskreditbank fällt weg.

Keiner besonderen Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle bedarf es im Grenzverkehr: 1. bei der Umwechslung des Erlöses von eingeführten Waren durch ausländische Besucher deutscher Grenzorte bis zum Betrag von 200 RM für jeden Marktrikt; 2. bei der Umwechslung von Reichsmarktbeträgen durch Personen, die regelmäßig Arbeitslöhne, Gehälter, Renten oder ähnliche Bezüge aus inländischen Quellen beziehen, ihren ständigen Wohnsitz im ausländischen Grenzgebiet haben und regelmäßig die Grenze an einer bestimmten Stelle überschreiten, bis zum Höchstbetrag von 1000 RM im Monat; 3. bei Umwechslung von Beträgen im ausländischen Grenzgebiet anfallige Personen, wenn die Beträge von einem freien Guthaben bei einer im inländischen Grenzgebiet anfalligen Geldanstalt stammen, bis zum Betrag von 500 RM je Monat.

Weitere Erleichterungen betreffen die Erteilung allgemeiner Genehmigungen zur Verfassung von freien Guthaben von Ausländern bei inländischen Geldanstalten im Grenzgebiet. Unter der angegebenen Voraussetzung können allgemeine Genehmigungen nicht auch für Verfügungen über Guthaben erteilt werden, die aus regelmäßigen Zahlungen von Zinsen, Mieten usw. stammen.

Ferner sind zur Erleichterung des Reiseverkehrs für Ausländer und Beauftragte von Firmen, die im Besitz einer allgemeinen Genehmigung sind, Vorkehrungen getroffen, die sie vor Weiterungen bei der Revision ihrer ordnungsmäßig mitgeführten Reichsmark- und Devisenbestände schützen sollen, wenn sie Deutschland verlassen.

### Beschärftete Ueberwachung des Außenhandels

Berlin, 17. Nov. Angesichts der ungünstigen Devisenverhältnisse bei der Reichsbank nach deren Ausweis vom 14. November sind strengere Maßnahmen zur Ueberwachung des Außenhandels ausgearbeitet worden. Eine Verschärfung der Außenhandelskontrolle zwecks reibloser Erfassung der Deviseneingänge steht unmittelbar bevor. Die Vorbereitungen für die zu ergreifenden Maßnahmen bei den zuständigen Stellen sind bereits abgeschlossen. Die Verschärfung der Außenhandelskontrolle steht mit der Gestaltung der Devisenlage der Reichsbank im Zusammenhang. Die Reichsbank hat einen Rückgang der Bestände an Gold und devisenfähigen Devisen um 72 Mill. RM aufzuweisen. Die fortgeschrittenen Schuldentrückungen an das Ausland sind der Hauptgrund für die Devisenabnahme der letzten Monate. Die bisher ergriffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Devisenengpasswirtschaft haben sich nicht voll ausgewirkt.

### Gleicher Schritt in den deutschen Schulden

London, 17. Nov. Die „Times“ schreibt, das Schwerkewicht der Unterhausrede Baldwin sei von der Pariser und Berliner Presse verschoben worden. Baldwin habe nicht auf dem Vorrang der privaten Auslandsschulden Deutschlands bestanden, sondern auf das geradezu lebenswichtige Interesse Englands an diesen Schulden hingewiesen. Die britischen Geldgeber hätten selbstverständlich mehr Interesse an den Maßnahmen, die zur Flüssigmachung der eingefrorenen (gesundeten) Schulden ergriffen werden müssen, als an der Zahlung der Reparationen. Jene privaten Kredite geben der Zeit und dem Umfang nach den letzteren vor. Nur dadurch, daß die Geldgeber im Juli auf die sofortige Zurückzahlung verzichteten, sei der Bankrott Deutschlands verhindert worden. Damit sei aber nicht gesagt, daß eine befriedigende Regelung der Reparationen unbeachtlich bleibe, oder daß die Prüfung der deutschen Fähigkeit, die Reparationen zu zahlen, als weniger wichtig anzusehen sei als für die Bezahlung der Bankschulden. Beide Untersuchungen müßten im gleichen Schritt

vorwärts gehen, falls eine gemeinsame Untersuchung unzulässig sein sollte. Je eher eine solche Untersuchung angefaßt wird, um so eher wird es möglich sein, eine Konferenz aller interessierten Mächte abzuhalten, die allein imstande ist, durch gemeinsame Beschlüsse das Finanz- und Wirtschaftsleben der Welt wieder normal zu gestalten.

### Kein Abbruch der Indischen Konferenz

London, 17. Nov. Der Ausschuß der Konferenz am Runden Tisch beriet gestern den Vorschlag einer bundesstaatlichen Vertretung Indiens. Entgegen den Erwartungen wurden die Verhandlungen trotz der gegenwärtigen Auffassungen der Hindus und der Mohammedaner nicht abgebrochen, sondern sie sollen fortgesetzt werden. Die Aussichten der Konferenz werden als günstiger betrachtet.

### Verständigung zwischen Grandi und Borah

Washington, 17. Nov. Im Verlauf einer Unterredung, die 25 Minuten dauerte, sind der italienische Minister des Auswärtigen und Senator Borah zu einer vollen Verständigung über die Fragen der internationalen Politik gelangt. Grandis Stellungnahme wies auf einer Revision des Versailles-Vertrags und einer Aufhebung der Reparationen und Kriegsschulden bildete die gemeinsame Grundlage für den Gedanken-austausch.

## Württemberg

Stuttgart, 17. November.

**Hohes Alter.** Am 18. November wird Stadtpfarrer a. D. Friedrich Reidel im Degerloch 80 Jahre alt. Der Jubilar hat sich um die Erziehung der württ. Kirchengeschichte größte Verdienste erworben. Er gehört zu den vier Bearbeitern der Calwer Württ. Kirchengeschichte, die vor 38 Jahren erschien und mit ihrem reichen Material dauernden Wert behält. Außerdem war er zwanzig Jahre lang (1897—1916) Schriftleiter der Blätter für württ. Kirchengeschichte.

**Jum Fall Dehn.** Abg. H e y m a n n (Soz.) erhebt in einer Anfrage an das Staatsministerium Widerspruch gegen die Rundgebung des Allgemeinen Studentenausschusses (Alta) der Universität Tübingen für die hiesiger Studentenschaft in deren Kampf gegen Dehn, Abg. Hegmann verlangt, daß das Staatsministerium derartige Rundgebungen verbiete und dem Alta eventuell die Erhebung von Pflichtbeiträgen der Studierenden entziehe.

**Studentenschaft und freiwillige Arbeitsdienst.** Der Vorstand der Stuttgarter Studentenschaft ruft die Studenten zum Beitritt in den freiwilligen Arbeitsdienst auf. Von jedem Hochschulabsolventen wird erwartet, daß er, solange er eine Anstellung nicht findet, an den Arbeitslagern des freiwilligen Arbeitsdienstes ein Jahr teilnimmt. Zur Durchführung und Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes soll eine rechtsfähige Organisation geschaffen werden, deren Zweck und Aufbau im Einvernehmen zwischen Rektorat der Technischen Hochschule und Vorstand der Studentenschaft in besonderen Satzungen festgelegt werde.

**Tagung der Ingenieure.** Am Sonntag fand die Hauptversammlung des württ. Bezirksvereins deutscher Ingenieure statt. Der Vorsitzende, Prof. Dr. M a d e l u n g, gedachte in erhellenden Worten des verstorbenen Staatsrats von Bach. Der Direktor des Vereins deutscher Ingenieure, Prof. Dr. H e l l m i c h, sprach dann über das Verhältnis des Menschen von heute zur Technik.

**Der Heselager Landfriedensbruchprozess.** Am 21. Mai d. J. veranfaßte die Stuttgarter Ortsgruppe der Nationalsozialisten einen Kundgebungszug nach Heselager, der als Vorstoß in das „rote Heselager“ bezeichnet war. Dabei kam es zu außerordentlich schweren Zusammenstößen mit politischen Gegnern. Am wurde gegen 23 Beteiligte vor dem Erw. Schöffengericht Stuttgart Anklage wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Aufruhr, unerlaubten Waffenbesitzes und Beleidigung von Polizeibeamten erhoben. Zu der Verhandlung, die geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, sind 25 Zeugen gelad.

**Landfriedensbruch-Prozess.** Das erweiterte Schöffengericht verurteilte gestern 7 Arbeiter von Ellingen wegen Körperverletzung und Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von 3 bis 6 Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Anklage lagen die Vorgänge zugrunde, die sich am 19. September im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung abspielten hatten.

**Kornweckheim, 17. Nov.** Zur Bürgermeisterwahl. Die Sozialdemokratie und die Demokratie haben sich entschlossen, bei der Bürgermeisterwahl am nächsten Sonntag die Kandidatur von Bürgermeister Trebbich-Eberbach (Fils) zu unterstützen. Die Nationalsozialisten und der Bauernbund haben sich für Syndikus Dr. Röhling-Stuttgart entschieden.

## Dehlinger über die Rettung Deutschlands

Ebingen, 17. Nov. Am Sonntagabend sprach auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei Finanzminister Dr. Dehlinger, nachdem er sich nachmittags mit Vertretern der Wirtschaft und der Gemeinden im Eintrachtshaus bereitet, in öffentlicher Versammlung in der Turnhalle über das Thema: „Die Rettung des deutschen Volkes aus der Not“. Der Minister zeichnete den Ernst der augenblicklichen Lage und stellte als Ursache der Finanzkrise heraus die Arbeitslosigkeit, die Kriegtribune und die „Bananenleude“, die übermäßige Einfuhr ausländischer Erzeugnisse, die durch einheimische in der Hauptsache wohl ersetzt werden könnten. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wolle sich für die Finanzverwaltung katastrophal aus. Ausländisches Kapital sei Gift für uns und werde zur Waffe gegen uns. Württemberg erweise sich immer noch als Ordnungszelle im Reich und habe auch heute noch gesunde Verhältnisse; aber diese leiden durch die Vertreibung unserer Finanzwirtschaft mit der des Reichs. Für die württembergische Finanzpolitik sei unentwegter Grundsat: keine Ausgabe ohne Deckung. Württemberg sei bisher immer imstande gewesen, die Befolgungen der Beamten in zwei Raten zu bezahlen, während Preußen bereits vier Raten benötige. Den Gemeinden habe die starke Hand gezeigt werden müssen. Es sei das Bestreben vorhanden, die Steuern gerecht zu verteilen; hierbei sei die üble Lage der Landwirtschaft stark berücksichtigt worden. Im weiteren zeigte der Minister, welche Ziele er im Auge habe mit der langfristigen württembergischen Schweizeranleihe und welche verschiedene Vorteile auch für das Reich aus derselben erwachsen. Für 1931/32 sei der Ausgleich im Etat

vorhanden. Die Ausgaben seien um 20 Prozent gedroht. Der Gesamtausfall an Einnahmen belaufe sich auf 45 Millionen Mark. Er arbeite nicht mit versteckten Mitteln, wie der Beamtenbund ihm vorgeworfen; dazu sei ihm keine Zeit und er sei nicht allein verantwortlich. Die Länder seien die Geldsammelkammer des Reichs. Für das wachsende Defizit müsse Deckung gesucht werden; es sei deshalb für spätestens 1. Januar 1932 eine neue Gehaltskürzung in Aussicht zu nehmen, an der jedoch in Württemberg die letzterfolgte Spargentia Kürzung abgerechnet werde, so daß der Abzug in Wirklichkeit noch 5 v. H. betrage. Von unserem finanziellen Zusammenhang mit dem Reich ist der Minister wenig erbaud: an derwärts werde verdrängt, was wir in Württemberg schaffen und erparen. Unsere Staatshoheit müsse erhalten werden. Mit Rotverordnungen könne weiter nicht geholfen werden; es gelte jetzt, rasch das Rad herumzudrehen und auf ein anderes System einzustellen. Wir brauchen Arbeit, Wehrhaftigkeit, Religion und große Ideen und den Glauben an Deutschlands Aufstehung und Befreiung von inneren und äußeren Feinden. Das „Weiterjahren“ müsse jetzt ein Ende haben. Wir müssen uns befreien von Tribun und Kriegsschuldfolge. Verständigung mit Frankreich sei nicht leicht. Im Innern müsse der Tarifzwang fallen; die Tarife selbst gären die Arbeitslosigkeit. Starke Löhne hindern die Ausfuhr. Wir brauchen die Rückkehr zur Nationalpolitik. Vor allem müsse die landwirtschaftliche Rente und die Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung gehoben werden.



# Aus Stadt und Land

Magold, den 18. November 1931.

Haben, so, als ob man nichts hätte — es ist der einzige Weg, um sich vor Verlusten zu bewahren. — Wiedel muß man aber erst verloren haben, bis man in dieser Kunst reif geworden ist! Stammler.

## Dienstnachrichten.

Die Befähigung für höhere Stellen im Volksschuldienst hat nach einer in Tübingen stattgefundenen Prüfung Otto Z a a h aus Liebenzell erlangt.

## Vom Rathaus.

Die nächste öffentliche Gemeinderats-sitzung findet heute Mittwoch, den 18. November 1931 nachm. 5 Uhr statt.

## Vorspielabend

Morgen Donnerstag abend 8 1/2 Uhr findet im Seminar-saal ein Mozartabend statt. Zum Vortrag kommen 1. Variationen in G-dur für Klavier zu vier Händen; 2. Fieder und 3. Sonate in D-dur für 2 Klaviere.

## Beispielsweise.

Gestern stand das Anwesen Brenner & Bräunle in der Waldachstraße zur zwangsweisen öffentl. Versteigerung. Da kein genügend hohes Angebot abgegeben wurde, hat der Haupthypothekensgläubiger, Schreinermeister Dr. S ä h n e r, das Anwesen übernommen.

## Reichsbund der Kriegsbeschädigten etc.

Am letzten Sonntag fand bei Mitglied Albert Luz in Altensteig eine Versammlung der Kriegsoffiziere statt, zu welcher Kam. Kaiser von der Gauleitung Stuttgart als Referent gewonnen wurde. Vorstand Schütler der Ortsgruppe Altensteig eröffnete die Versammlung und begrüßte die so zahlreich Erschienenen. Kam. Kaiser ergriff nun das Wort und bemerkte zuerst, wenn man die letzten zwei Jahre verfolgt habe, müßte man leider erkennen, daß die gebrachten Opfer im Kriege heute vom Reich ideal angesehen werden. Nun wurden dieses Jahr im April die Reichsbündler zu einem Protest gegen den Rentenabbau aufgerufen — diese Protestversammlung war so gut besucht,

...richtig zubereiten,  
den Kathreiner —  
...drei Minuten kochen und  
drei Minuten ziehen lassen, so  
schmeckt er jedem gut...

wie sie niemand erwartete — trotzdem hat die Regierung es gewagt, die Verzögerung der Kriegsoffiziere zu verschleiern, obwohl ja schon bei den anderen Versicherungen — Krankentafel und dergl. — die Verzögerung ohnehin schon schlecht ist. Auch wirkt sich die unterschiedliche Belastung zwischen den Kriegsoffizieren und den bestehenden Kreisen kraft aus, zudem bezahlt die Reichsregierung heute noch Renten, da wird an keinen Abbau gedacht. Man solle sich nur vor Augen stellen, daß das Reich vom Juni bis August dieses Jahres den verschiedenen Banken, die in dieser Zeit ihre Schalter geschlossen hatten, über 2 Milliarden zugesprochen hat! Aber für diejenigen, die für das Reich gekämpft haben, sind nicht auch nur einige Pfennig übrig. Der Redner kam nun weiter über die Notverordnungen zu sprechen und bemerkte, daß sich die Verschlechterung bei Elternrente und Elternbeihilfe, hauptsächlich in den ländlichen Bezirken, ganz katastrophal auswirke, auch die Heilbehandlung sei verschlechtert worden, wenn schon Dienstbeschädigung anerkannt sei, aber noch keine Rente ausbezahlt wird; ebenso läßt die Erziehungsbeihilfe sehr viel zu wünschen übrig, denn statt Härten zu beseitigen, gibt es nur wieder neue Härten! Wegen der abgezogenen Zulagen solle man den Bericht der Fürsorgestelle an die Gauleitung des Reichsbundes (Kam. Haller) zur Prüfung einsehen. Die Bescheinigung sei auch, daß die Schwerbeschädigten von 50-70 Prozent nur noch die halbe Zulage bekommen, aber das Wort „Zulage“ habe verschiedene Hinterlären. Ferner bemerkte der Redner, daß durch die allgemeine Kürzung der Renten annähernd schon 200 Millionen eingespart worden seien, derartige Notverordnungen seien eine soziale Ungerechtheit und ein Hohn für die Kriegsoffiziere. Aber die hohen Pensionäre und dergleichen schont man! Der Redner betonte zum Schluß noch, daß nur durch Zusammenhalten heute noch etwas erreicht werden könne. — Kam. Sch ü t l e r, Vorstand der Ortsgruppe Ebbhausen, kam auch noch zum Wort, ebenso Kreisleiter K a l i s - H o r b und Kam. M ü n c h - R o h r d o r f.

## Einweihung des Vereinshauses

Hatterbach, 17. Nov. (Schluß). Nach einem weiteren Vortrag des Posaunenchor gibt der Vertreter des Württ. Jungmännerbundes, Herr Pfarrer F r i e d, seiner Freude über das Gelingen des Werkes Ausdruck. Zu einem neuen Haus gehören auch neue Menschen. Die Mitglieder des Vereins mögen sich um die Bibelarbeit kümmern, vor allem Jesus mit hereinnehmen und nicht draußen stehen lassen. Herr Bürgermeister Bernhardt dankt namens des Gemeinderats für die freundlichen Worte der Begrüßung und Anerkennung. Die Gemeinde wisse, was der Verein leiste und habe ihn darum tatkräftig unterstützt. Er begrüßwünsche den Verein in dieser Tat. Möge das Heim reichen Segen bringen und der Verein auch weiterhin seiner Aufgabe treu bleiben. Dies sei auch sein persönlicher Wunsch. Herr Stadtpfarrer D i p p o n überbringt die Wünsche des Kirchengemeinderats unter Heberzeugung eines schönen Bildes. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß nun der Verein sein eigenes Haus habe. Der Gemeindevor-

stand entläßt, doch möge die Verbindung zwischen Kirche und Vereinshaus nicht abgebrochen werden. Beide wollen dem einen dienen. Er das Haupt, wir seine Glieder. Herr Inspektor S a u e r überreicht im Auftrage des Bezirksausschusses 50 Mk. Er begründet seine Ausführungen auf 1. Petri 2, 5. Die Mitglieder des Vereins sollen lebendige Bausteine sein. Die Kraftquelle sei die Bibel und auf diesem Fundament möge der Verein wachsen und zunehmen. Herr Rektor K i e s n e r knüpft in humorvoller Weise seine Rede an die Betrachtung der beiden in Hatterbach hauptsächlich vertretenen Vögel: Aukud und Gans. Ersterer habe nun sein eigenes Nest gefunden und wie er der Verkünder des Frühlings, so mögen die Vereinsmitglieder Verkünder des Evangeliums sein. Und die Gans sei nicht so dumm, wie man allgemein annehme, sie sei vielmehr das wachsende und tapferste Tier. Auch der Verein möge so wachsen sein und tapferen Bekennermut zeigen. Des weiteren spricht Herr Oberlehrer B a u s c h als Vorstand des Nachbarbezirks Herrenberg und Herr Pfarrer M e s s e r s m i d t für die Nachbarvereine Waldorf und Oberschwandorf. Nach weiteren Segnungen und Posaunenchorvorträgen beschließt Herr Stadtpfarrer D i p p o n, seine trefflichen Ausführungen auf 1. Kor. 15 gründend, die Feier, an die sich eine leibliche Stärkung der auswärtigen Gäste im Pfarrhaus anschließt. Eine schlichte Abendfeier vereinigte nochmals einen engeren Kreis von Freunden und Gönnern. Hierzu waren besonders die Jünglinge eingeladen, denn es sollte zugleich ein Werbeabend sein. Herr Stadtpfarrer D i p p o n sprach im Anschluß an ein Gedicht „Was wir wollen“, zu Herzen gehende Worte über das selbe Thema. Mit der Einübung der folgenden Darbietungen hatten sich die Mitglieder des Vereins unter der Leitung des Herrn Stadtpfarrer D i p p o n sehr viel Mühe gegeben. Dankbaren Herzens liegen die Zuhörer die gefanglichen Darbietungen des trefflich gefühlten Vereinschors und des Sprechchors, sowie die packende Aufführung Luthers und die Jugend unserer Zeit“ auf sich einwirken. Wie schade, daß die Jugend nicht stärker vertreten war.

Der große Tag des hiesigen Christl. Vereins junger Männer ist nun vorüber. Mögen all die guten Samenkörner, die während der zahlreichen Vorträge in die Herzen von jung und alt gesät wurden, aufgehen und reiche Früchte tragen! Der Jugend vor allem gilt die Mahnung: Tretet ein in die Reihen der noch kleinen Schar! Das neue Heim steht allen offen. Möge es ein Korn werden, aus dem recht viele Trost und Stärkung für die kommende schwere Zeit schöpfen!

Hohdorf, 17. Nov. Unbedachte Tat. Gestern hat der frühere Besitzer einer Ziegelei, die zwangsversteigert wurde, auf einen Mann auf Bildhingen, der die Hütte auf Abbruch gekauft hatte, mit einem Militärgeweh mehrere Schüsse abgegeben, allerdings ohne den Gegner zu verletzen. Kaß wurde an das Amtsgericht Horb eingeliefert.

Calw, 17. Nov. Wichtige Geburtstag. Bahnwärter a. D. Christian S a l l e r in Calw durfte am 11. November in körperlicher und geistiger Rüstigkeit seinen 80. Geburtstag feiern. Aus diesem Anlaß lud der Vorstand der Ruhestandsbeamten des Bezirks Calw, Stationskommandant a. D. S a u t t e r, am letzten Sonntag die Mitglieder und den Eisenbahnsingchor Calw zu einer schlichten Feier ein. Die Reichsbahndirektion Stuttgart ließ durch Herrn Bau- rat A m m o n an Geburtstag Glückwünsche übermitteln und ein Ehrengeschenk überreichen.

# Letzte Nachrichten

## Bisher 230 Millionen Reichsbahnleihe.

Berlin, 18. Nov. Die Zeichnungen auf die Reichsbahnleihe belaufen sich nach dem heutigen Stande, wie wir aus Kreisen der Reichsbahnhauptverwaltung erfahren, auf 230 Millionen Mark.

## Französischer Fünfjahrplan für Europa

Paris, 18. Nov. Der französische Studienauschuss für die europäische Zollunion hielt gestern unter dem Vorsitz von Le Troquer eine Sitzung ab, um zu prüfen, in welcher Form er der Aufgabe nachkommen könne, seine private Hilfe für die Arbeiten des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses zur Verfügung zu stellen.

Die wesentliche Bedingung für den Frieden und ihre rechtliche Ergänzung sei die Befestigung der Handelsverträge durch Zollunion; in diesem Geiste nahm der französische Studienauschuss für die europäische Zollunion die Grundlagen eines Expocés an, daß der Generaldelegierte Lucien Coquet in Form eines Fünf-Jahres-Plans für Europas ausgearbeitet hat. Dieser Plan würde zwei Mittel ins Werk zu setzen suchen, nämlich einmal die allmähliche Herabsetzung der Zolltarife und auf der anderen Seite die Kontingentierung. Der Fünf-Jahr-Plan würde in zwei Perioden zerfallen. Die ersten beiden Jahre sollen dazu dienen, ein dokumentarisches und statist. Amt zu schaffen u. arbeiten zu lassen, sowie auch ein Kompenzierungs- und Arbitrageamt. Das erstgenannte Amt würde die Aufgabe haben, die vom Völkerbund bereits begonnene Untersuchung über den genauen Charakter des intereuropäischen Warenaustausches zu Ende zu führen, wobei dieser vom Standpunkt der einander Konkurrenz machenden Produkte und der einander ergänzenden Produkte ins Auge gefaßt werden würde. Das zweitgenannte Amt würde die Möglichkeit bieten, alle diejenigen voll zu beruhigen, die befürchten, daß eine Zollunion, selbst wenn sie nur allmählich durchgeführt werden würde, gewisse künstliche Industrien, die bisher nur dank dem Schutzoll bestanden hätten, schädigen könnte. Die letzten 3 Jahre des Fünfjahrplanes würden dazu verwandt werden, gegenseitig allmählich die Zollschranken abzutragen, und zwar in Verfolg der Empfehlung der Internationalen Wirtschaftskonferenz von 1927.

## Verhaftung eines Pariser Bankdirektors.

Paris, 18. Nov. Der Direktor der Privatbank Guel, Chapues wurde gestern verhaftet und in Anwesenheit eines Untersuchungsrichters eine Durchsuchung der Bank vorgenommen.

## Einstündige Unterredung Briand-Toshijama.

Paris, 17. Nov. Außenminister Briand hatte heute abend eine einstündige Unterredung mit dem japanischen Botschafter Toshijama.

uchung un-  
chung ange-  
Konferenz  
in imstande  
und Wirt-  
en.  
ng am Run-  
staatischen  
gen wurden  
sungen der  
den, sondern  
Konferenz  
orah  
niederredung,  
Minister des  
rständigung  
agt. Gran-  
s Verkäufer  
und Kriegs-  
Gedanken.  
ovember.  
rarrer a. D.  
Der Jubilar  
engeschichte  
n vier Be-  
er, die vor  
ial dauern  
Dahre lang  
t. Kirchen-  
cht in einer  
egen die  
ffes (Asta)  
denenschaft  
riangt, daß  
erbiete und  
itragen der  
nisch. Der  
ie Einbin-  
t auf. Von  
er, solange  
lagern des  
ur Darb-  
dienstes soll  
den, deren  
ektorat der  
tschaft in  
die Haupt-  
ngenieur  
gedachte in  
Bsch. Der  
Dr. Helli-  
schen von  
21. Mai  
National-  
er als Vor-  
bei kam es  
politischen  
dem Erw.  
denbruch,  
helftes und  
Verhand-  
rd, sind 25  
ffenericht  
n Körper-  
trafen von  
gesprochen.  
ie sich am  
ogialische  
meister  
arie haben  
n nächsten  
ich-Eber-  
n und der  
ing-Stut-  
prozent ge-  
se sich auf  
hnen Rest-  
; dazu sel-  
lich. Die  
für das  
es sei des-  
ne neue  
der jedoch  
erhung ab-  
chkeit noch  
menhang  
er w ä r t e  
emberg  
heit müsse  
n könne  
st, roß  
n ste m.  
Religion  
ands Auf-  
n Feinden.  
den. Wir  
tine. Per-  
Dunnern  
rife Kei-  
e hindern  
ational-  
ente  
gehoben

Die Mundhygiene: Odol-Zahnpasta Odol-Mundwasser Odol-Zahnbürste

Glückwunsch Hindenburg an Federer. Reichspräsident v. Hindenburg hat dem Bildhauer Prof. Dr. Hugo Federer, dem berühmten Schöpfer des Hamburger Bismarckdenkmals und vieler anderer bekannter Werke, telegraphisch die Glückwünsche zu seinem 60. Geburtstag ausgedrückt.

Wegen Unterziehung wurde in Düsseldorf der Oberpostsekretär Binselen verhaftet. Binselen hatte es verstanden, Postanweisungsgelder an sich zu bringen. Es dürfte sich um einen Gesamtbetrag von etwa 30 000 RM handeln. Er steht außerdem in dem dringenden Verdacht, Markenpakete benutzt zu haben; die veruntreuten Beträge will er zum Teil verwertet haben.

Gedroffene Einwanderung nach den Vereinigten Staaten. Im September sind nur 1200 Personen nach den Vereinigten Staaten eingewandert, obwohl nach dem Gesetz 14 839 Personen hätten einwandern dürfen. Das ist auf die strenge Durchführung der Bestimmungen zurückzuführen, daß die Einwanderer den Nachweis erbringen müssen, daß sie ausreichende Mittel für längere Zeit besitzen.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk N.G.

Sendung, 18. November: 8.15: Sprechstunde, Wetterbericht, 9.00: Sprechstunde, 11.00-11.15: Nachrichten, 12.00: Wetterbericht, 12.45: Auswertungsbefragung, 13.15: Schallplattenkonzert, 13.30: Kochrichten, Sprechstunde, Schallplattenkonzert, 14.30: Spanischer Sprachunterricht, 15.00: Englandrundschau, 15.30: Stunde der Jugend, 16.30: Dr. Preussner (Sprechstunde) spricht über „Lebensregeln für die Jugend“, 17.00: Konzert, 18.30: Sprechstunde, 19.00: Sprechstunde, 19.30: Sprechstunde, 20.15: Wetterbericht, 20.30: Sprechstunde, 21.00: Sprechstunde, 21.30: Sprechstunde, 22.00: Sprechstunde, 22.30: Sprechstunde, 23.00-23.30: Konzert.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 14. November

Beträchtliche Abnahme der Golddeckung. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. November 1931 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 47,7 auf 3997,6 Mill. RM verringert. In einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 1,9 Millionen auf 113,4 Mill. RM, abgenommen, die Lombardbestände um 1,9 Millionen auf 113,4 Mill. RM, zugenommen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 88,1 auf 4.453,5 Mill. RM, den Umlauf an Rentenbanknoten um 0,8 auf 413,5 Mill. RM, verringert. Die fremden Gelder zeigen mit 409,8 Mill. RM eine Zunahme um 7,9 Mill. RM. Die Gold-

bestände haben um 63,3 auf 1.038,0 Mill. RM, und die Bestände an Devisen um 8,9 auf 151,7 Mill. RM abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und devisenfähige Devisen beträgt 26,7 v. H. gegen 27,8 v. H. in der Vorwoche.

Der Stand der öffentlichen Verschuldung

Gesamtschuld rund 24,1 Milliarden Mark

Wie aus einer Uebersicht des Statistischen Reichsamts hervorgeht, ergibt sich für Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1931 eine Verschuldung von rund 24,1 Milliarden Mark, wozu noch gegenseitige Schuldenbeziehungen zwischen den Körperschaften von etwa 1,4 Milliarden Mark kommen. Obgleich die Schuldenlast hinter dem Betrag von rund 32 Milliarden Mark im letzten Vorjahresjahr zurückbleibt, ist die Zinsbelastung weit höher als damals. Wenn man nur mit einer Durchschnittszinssatz von 7 v. H. rechnet, ergibt sich gegenwärtig eine Jahreslast (ohne Tilgungszahlung) von rund 1,7 Milliarden Mark gegenüber rund 1,3 Milliarden Mark im Jahre 1924 (Durchschnittszinssatz etwa 4 v. H.). Die jährliche Zinslast ist also trotz niedriger Verschuldung um rund 400 Mill. Mark gewachsen.

Die gesamte Kreditmarktsverschuldung von 24,1 Milliarden Mark verteilt sich am 31. März 1931 folgendermaßen: 11,34 Milliarden oder 47,1 v. H. auf das Reich, 9,93 Milliarden oder 41,3 v. H. auf Gemeinden und Gemeindeverbände, 2,17 Milliarden oder 9 v. H. auf die Länder und 0,64 oder 2,6 v. H. auf die Handels- und Industriewirtschaft. Die Gesamtverschuldung der deutschen Wirtschaft ist auf etwa 90 Milliarden Mark zu veranschlagen. Die langfristige Verschuldung der Landwirtschaft beträgt gegenwärtig 7,35 Milliarden, wozu noch die Verschuldung durch Renten und Aktien kommen. Die kurzfristigen Schulden betragen sich auf 4,5 Milliarden. Die Bilanz der Landwirtschaft beträgt 1,2 Milliarden ohne Tilgungszahlung.

Berliner Bundfuss, 17. Nov. 15,94 G., 15,98 B.

Berliner Dollarkurs, 17. Nov. 4,209 G., 4,217 B.

Privatdiskont: 8 v. H. kurz und lang.

Hamburger Silberpreis, 17. Nov. 48,50 B., 44,50 G.

Londoner Goldpreis: 2,706 RM, 1 Gramm Feingold.

60 v. H. Golddeckung in Frankreich. Trophée Frankreich anerkennt hohe Notenausgabe von jetzt noch 82 795 Millionen Franken (13 680 Mill. RM.) hat, sind die Noten und Scheckverbindlichkeiten durch Gold fast zu 60 v. H. gedeckt. Der Goldfuß der Bank von Frankreich ist nämlich nach dem Ausweis der Bank vom 15. Oktober weiter um 2932 auf 67 581 Millionen Franken (11 171 Mill. RM.) angewachsen.

Märkte

Stuttgarter Schlachtmärkte, 17. Nov. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 39 Ochsen, 37 Bullen, 317 Jungbullen, 439 Rinder, 431 Kälber, 1484 Kälber, 2302 Schweine. Davon blieben unverkauft: 20 Jungbullen, 50 Rinder, 30 Kälber. Verkauf des Marktes: Großvieh mäßig, Kälber mäßig, Ferkel mäßig, sonst langjam.

Table with market prices for various goods like coffee, milk, and butter. Columns include item names and prices for different quantities.

Börsennotierungen. 17. Nov. Kautschuk: 4 Döhnen, 6 Kälber, 25 Ferkel, 47 Kälber, 414 Schweine. Preise: Döhnen a 33-34, b 28-31, Ferkel a 25, b und c 24-22, Kälber a 24, b und c 20-12, Rinder a 35-36, b 31-33, Kälber b 37-40, c 34-36, Schweine b 47-48, c 47-48, d 44-46. Marktverlauf: mäßig belibt.

Fruchtpreise. Weizen: 12.50-13, Roggen 12.49-13.10, Weizen 12.35-12.60, Roggen 12.50-8.60, Haber 7-8. - Riedlingen: Weizen 11, Braunerste 7,70-8,50, Haber 7,20-5. - Tullingen: Weizen 13-14, Gerste 9-10, Haber 8,20 bis 8,50 Markt.

Stuttgarter Hofmarkt auf dem Wilhelmplatz, 17. Nov. Zufuhr 400 Ztr., Preis 2,90-3 A für 1 Ztr.

Stuttgarter Rindfleischmarkt a. d. Leonhardplatz, 17. Nov. Zufuhr 50 Ztr., Preis 4-4,50 A für 1 Ztr.

Das Wetter

Unter dem Einfluß des über dem Festland liegenden Hochdruckgebiets ist für Donnerstag und Freitag trockenes und zeitweilig heiteres Wetter zu erwarten.

Advertisement for 'Widder' hair cream. Includes an image of the product and text: 'Neu Widder Hartglanzwachs'.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten, einschließlich der Beilage Haus, Garten- und Landwirtschaft.

Advertisement for 'Für kalte Tage' (For cold days) featuring Berg & Schmid, Nagold. Lists items like thermoses and blankets with prices.

Advertisement for a public assembly ('öffentliche Versammlung') on Wednesday, Nov 18, 8 PM. Topic: 'Im Endkampf um Deutschlands Befreiung'.

Advertisement for a dentist, Dr. med. dent. C. Seydel, located in Altensteig. Lists hours and services.

Advertisement for 'Sparvertrag' (Savings contract) by G.W. Zaiser. Promotes a 3% interest rate on mortgages and other loans.

Advertisement for 'Wer ist schuld' (Who is to blame) by Gewerbeverein Nagold. Discusses unemployment and the need for work.

Advertisement for 'Es bedarf keiner Überlegung' (No need for reflection) by G.W. Zaiser. Promotes a subscription to a magazine.

Advertisement for 'Weihnachtsgeschenke' (Christmas gifts) by G.W. Zaiser. Promotes a 'Billigen Bücher-Woche' (Cheap book week).

Advertisement for 'Besuchen Sie meinen Sonderverkauf' (Visit my special sale) for used cars by Auto-Steiger, Stuttgart.

Advertisement for 'Guttsheim' and 'Bestellheim' by G.W. Zaiser. Promotes a subscription to a magazine.

Advertisement for 'Zum Totenfest' (For the dead festival) by Fr. Schuster and Herm. Raaf. Promotes wreaths and other funeral items.

Advertisement for 'Dankfagung' (Thanksgiving) by Wilhelm. Promotes a book or publication.

Advertisement for 'Neue Fortspreisliften' (New price lists) by Buchhandlung Jaiser. Promotes price lists for books.

Advertisement for 'Den Dauerzündstift' (The permanent ignition) by G.W. Zaiser. Promotes a product for cars.

Advertisement for 'Hobelbank' (Shaving bank) by G.W. Zaiser. Promotes a subscription to a magazine.

Advertisement for 'Ohne gute Karten keine genüßreichen Fahrten' (Without good cards no enjoyable trips) by Buchhandlung von G. W. Zaiser. Promotes travel cards.